IPG

INTERVIEWS 19.12.2013

Gewalt im Südsudan

Eskalation unter ethnischen Vorzeichen

Im Südsudan wird seit Tagen gekämpft. Schätzungen gehen von bis zu 500 Todesopfern aus. Wie ist aktuell die Lage?

Die Situation im Südsudan ist weiterhin sehr angespannt. In der Hauptstadt Juba – wo mittlerweile etwa 20.000 Menschen Schutz auf dem Gelände der Blauhelmmission UNMISS gesucht haben – scheint sich die Lage mittlerweile etwas beruhigt zu haben. Allerdings gibt es Berichte über anhaltende Gefechte außerhalb Jubas und eine Ausweitung der gewaltsamen Auseinandersetzungen in anderen Teilen des Landes.

Zu den Opfern gehören offenbar bei Weitem nicht nur Angehörige sich bekämpfender Armeetruppen, sondern in großem Umfang auch unbeteiligte Zivilisten. Am Mittwoch scheinen Regierungstruppen die Kontrolle über die Provinzhauptstadt Bor in der Krisenregion Jonglei verloren zu haben.

Was ist der Hintergrund der Gefechte? Präsident Salva Kiir sprach Anfang der Woche von einem vereitelten Putschversuch, seine Gegner werfen ihm „diktatorisches Vorgehen" vor. Auch die ethnische Dimension scheint eine Rolle zu spielen…

Die aktuelle Eskalation ist das Ergebnis eines seit Langem schwelenden Machtkampfes innerhalb der politischen Elite des Südsudan, der sich in den vergangenen Monaten zusehends verschärft hatte. Hierbei stehen sich alte militärische Führungspersönlichkeiten der früheren Rebellenbewegung und Vertreter der heutigen Regierungspartei SPLM gegenüber, deren Rivalität teilweise bis in die frühen 1990er Jahre zurückgeht.

Abhängig von ihrem weiteren Verlauf und Ausmaß drohen die Kämpfe einen schwerwiegenden Einfluss

Insbesondere gilt dies für den aktuellen Präsidenten Kiir und seinen im Juli diesen Jahres abgesetzten Stellvertreter Riek Machar. Dieser hatte zuvor lautstarke Kritik an Kiir geäußert und Ambitionen deutlich gemacht, Kiir in den Wahlen 2015 den Posten des

auf die zukünftige Entwicklung des Südsudan zu nehmen.

Parteivorsitzenden und Präsidentschaftskandidaten der SPLM streitig zu machen.

An der offiziellen Darstellung eines gescheiterten Putschversuchs werden von verschiedenen Seiten Zweifel geäußert. Gesichert scheint bislang lediglich, dass der Beginn der aktuellen Gewalteskalation eine Auseinandersetzung zwischen Angehörigen verschiedener Volksgruppen innerhalb der sudanesischen Armee war, die sich in einem Klima extremer Unsicherheit, ethischer Rivalitäten und schwelender Machtfragen zu einem Flächenbrand zu entwickeln droht.

Leider, das ist richtig, sind politische Loyalitäten im Südsudan häufig an ethnische Zugehörigkeiten geknüpft. Deshalb werden Konflikte um politische Macht und Posten im Südsudan regelmäßig unter ethnischen Vorzeichen ausgetragen. Kiir und Machar vertreten als Angehörige der Volksgruppen der Dinka, bzw. Nuer die beiden zahlenmäßig stärksten ethnischen Gruppierungen des Südsudan. Deren historisch gewachsene Rivalität um den Zugang zu Machtpositionen entlädt sich jetzt in blutigen Eskalationen sowohl innerhalb der Armee als auch gegenüber Zivilisten.

UN-Generalsekretär Ban Ki Moon fordert einen „sofortigen politischen Dialog". Wie realistisch ist diese Forderung? Wo und wie kann ein solcher Dialog ansetzen?

Eine politische Bearbeitung der bestehenden Konflikte ist von größter Bedeutung. Ansonsten droht eine Eskalation der aktuellen Unruhen, die das Land zutiefst spalten und langfristig in eine Verwüstungsspirale ethnischer Gewalt führen könnte. Erforderlich wären hierfür ernsthafte Gesprächs- und Versöhnungsbemühungen auf beiden Seiten. Angesichts des kompromisslosen Auftretens von Präsident Kiir ist die Grundlage für einen solchen Schritt derzeit allerdings extrem brüchig. In den vergangenen Tagen ließ Kiir reihenweise hochrangige Kritiker verhaften. Riek Machar ist nach eigenen Angaben weiterhin im Land. Allerdings befindet er sich auf der Flucht und scheint in den zuletzt geäußerten Gesprächsangeboten des Präsidenten derzeit wenig mehr als Lippenbekenntnisse zu sehen.

Die UN-Mission UNMISS, an der sich auch die Bundeswehr beteiligt, wurde erst kürzlich bis Ende 2014 verlängert. Welche Rolle sollte die internationale Gemeinschaft jetzt ausfüllen?

Die internationale Gemeinschaft sollte ihren durchaus vorhandenen Einfluss nutzen, um alle wesentlichen Kräfte für eine politische Bearbeitung der bestehenden Konflikte zu gewinnen. Dabei müssen auch Anreize geschaffen werden für ein Durchbrechen der vorherrschenden, primär militärischen Konfliktlogik.

Eine fortgesetzte blutige Eskalation entlang ethnischer Zugehörigkeiten könnte den Prozess des südsudanesischen nation-building nachhaltig vergiften.

Ob dies gelingen kann, wird allerdings sehr viel mehr von dem Verhalten der relevanten südsudanesischen Akteure als von den Vermittlungsbemühungen der internationalen Gemeinschaft abhängen. Ein weiteres militärisches Austragen von politischen Machtansprüchen könnte im schlimmsten Fall dazu führen, dass das UNMISS-Mandat zum Schutz der südsudanesischen Zivilbevölkerung eine sehr viel weitreichendere Bedeutung erlangt als ursprünglich beabsichtigt.

Der Südsudan ist 2011 durch die Abspaltung vom Sudan unabhängig geworden. Welche Konsequenzen haben die Unruhen für die Entwicklung des Landes?

Abhängig von ihrem weiteren Verlauf und Ausmaß drohen die aktuellen Kämpfe einen schwerwiegenden Einfluss auf die zukünftige Entwicklung des Südsudan zu nehmen. Nicht zuletzt der Umstand, dass die aktuelle Gewalteskalation vorrangig unter ethnischen Vorzeichen ausgetragen wird, stellt den jungen Staat vor eine massive Zerreißprobe. Das behutsame Ausbalancieren der Macht- und Teilhabeansprüche rivalisierender Volksgruppen wird auf lange Sicht eine der primären Herausforderungen südsudanesischer Politik bleiben.

Eine fortgesetzte blutige Eskalation entlang ethnischer Zugehörigkeiten und die Verfestigung entsprechender Rivalitäten könnte den ohnehin schwierigen Prozess des südsudanesischen nation-building nachhaltig vergiften. Das Land könnte an den Rand der Unregierbarkeit geführt werden.



Florian Dähne

Juba

Florian Dähne leitet seit 2011 die Projekte der Friedrich-Ebert-Stiftung im Südsudan und Sudan und beschäftigte sich mit sicherheitspolitischen Fragestellungen am Horn von Afrika. Zuvor war er in der Berliner Zentrale der FES zuständig für das Regionalprojekt Östliches Afrika. Florian studierte Soziologie an der Universität Freiburg.